



IM FLÜCHTLINGSCAMP XANKI  
IM NORDIRAK

# Die Flüchtlinge durch den Winter bringen

—Besuch der Flüchtlingscamps um die kurdischen Städte Dohuk und Erbil—

die gefangenen Jesidinnen oder Christinnen zu Hause anrufen ließen, damit die Verwandten ihre Mädchen gegen Lösegeld wieder freikaufte.

**E**s ist diese Mittäterschaft von zahlreichen Menschen in der Zivilbevölkerung, die mich trifft, weil ich sie in dieser Massivität nicht erwartet hatte. Nachfragen bei kurdischen Intellektuellen ergeben übereinstimmend die Schätzung, dass mindestens 30–40 Prozent der kurdischen Bevölkerung die Praktiken des IS billigen.

Die kurdische Autonomie-Regierung ist mit der großen Zahl der immer noch einströmenden Flüchtlinge völlig überfordert. Der Großteil lebt in Zelten, die zumeist nicht winterfest sind. Es fehlt an Winterkleidung, Wasch- und Toilettenmöglichkeiten und warmen Decken. Außerdem gibt es kaum getrennte Sanitäranlagen für Frauen, keine Schulen und Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Nahrung wird überwiegend durch die Regierung des kurdischen Ministerpräsidenten Barzani gestellt, Zelte, Decken, Kleidung, Sanitäranlagen durch internationale Hilfsorganisationen. Die Helfer beklagen die fehlende Koordination und die Bürokratie.

**D**ie Gesundheitsversorgung in den Flüchtlingslagern gewährleisteten mobile Behandlungseinheiten aus den Krankenhäusern der kurdischen Autonomieregierung bzw. mobile Behandlungseinheiten internationaler Hilfsorganisationen. Die psychiatrische Versorgung übernehmen die Krankenhäuser in Erbil und in Dohuk. Am Azadi-Krankenhaus in Dohuk arbeiten beispielsweise lediglich drei Psychiater, die die Versorgung nicht ausreichend sicherstellen können.

Der Genozid an den Jesiden hat seine Vorgeschichte in einer lange andauernden Diskriminierungspolitik und systematischen Übergriffen auf die ethnischen und religiösen Minderheiten im Irak – sowohl während des Regimes von Saddam Hus-

sein als auch infolge des Irakkrieges und der nachfolgenden Besatzungspolitik. Eine „einzige richtige“ Antwort, wie die extremen Menschenrechtsverletzungen des IS und der Krieg gegen die Zivilbevölkerung im Irak kurzfristig gestoppt werden können, gibt es nicht. Aber militärische Lösungen werden sich als Sackgasse, vielleicht sogar als Bumerang erweisen und neue terroristische Gruppen hervorbringen. Sie sind keine Antwort auf das stark verwurzelte extrem konservativ und demokratiefeindliche religiös geprägte Denken, das so viele Menschen der gesamten Region in ihren Protesten seit 2011 infrage stellten.

**D**ie Konfliktlage im Irak und in der Region ist komplex: Sie umfasst viele miteinander verwobene Teilkonflikte und ist eng mit den Ressourcenkonflikten um Öl und Gas sowie andere Bodenschätze verbunden. Gleichzeitig geht es um die regionale Vormachtstellung zwischen den sunnitisch geprägten Regionalmächten Saudi-Arabien, Katar und Türkei einerseits und den schiitisch-alawitisch geprägten Regionalmächten Iran, Irak und Syrien andererseits. Zudem kämpft das NATO-Bündnis um die globale Vormachtstellung mit Russland und China.

Als ärztliche Friedensorganisation fordern wir zuallererst die Aufstockung der deutschen Nothilfegelder von bisher ca. 50 auf 100 Millionen Euro noch für dieses Jahr. Notwendig sind zudem großzügige finanzielle Hilfen zum Ausbau der psychosozialen Versorgung der traumatisierten Flüchtlinge sowie eine deutliche Erhöhung der Aufnahmezahlen der Kriegsflüchtlinge aus dem Irak und Syrien nach Deutschland und in die Europäische Union.

Dr. Angelika  
Claußen ist  
seit 2014  
Europäische  
IPPNW-  
Präsidentin.

